



BVR

Klimawandel?

Die Imagewerte der Genossenschaftsorganisation mögen im Zuge der Finanzkrise zwar gestiegen sein, aber die massiven Ergebnisbelastungen sind auch in dieser Gruppe spürbar. Um mehr als 98 Prozent auf kümmerliche 77 Millionen Euro ist im Berichtsjahr 2008 das konsolidierte Ergebnis vor Steuern des Finanzverbundes – aus 1196 selbstständigen Kreditgenossenschaften, den Konzernen DZ Bank und WGZ Bank sowie der Münchener Hypothekbank – zurückgegangen. Dass die Verbandsspitze des BVR dabei positiv hervorhebt, das schwierige Jahr 2008 aus eigener Kraft, sprich ohne Inanspruchnahme staatlicher Hilfestellung bewerkstelligt zu haben, ist in diesen Zeiten durchaus legitime Interpretationshilfe. Freilich wurde auch eingeräumt, dass in dem erstmals nach IFRS erstellten Abschluss DZ Bank und WGZ Bank Bewertungserleichterungen im Umfang von zusammen zirka einer Milliarde Euro wahrgenommen haben. Die massivsten zusätzlichen Belastungen gegenüber dem Vorjahr, so zeigt der Blick auf die GuV, gab es mit 1,767 Milliarden Euro beim Ergebnis aus Finanzanlagen, mit 1,428 Milliarden Euro beim Handelsergebnis und mit 609 Millionen Euro beim sonstigen Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten.

Weitgehend stabil geblieben ist im Berichtsjahr der Zinsüberschuss (15,946 nach 15,888 Milliarden Euro), während der Provisionsüberschuss um 4,5 Prozent auf 4,708 Milliarden Euro rückläufig war. Um rund 350 Millionen Euro senken konnte der Verbund zudem den Verwaltungsaufwand, wozu auch der leicht rückläufige Personalbestand (minus 0,2 Prozent auf 186 479 per Stichtag 31. Dezember) beitrug. Insgesamt konnten die Personalaufwendungen um 3,2 Prozent und die Sachkosten um 0,2 Prozent reduziert werden. Als deutlich erhöht zeigt sich freilich mit plus 27 Prozent auf 1,589 Milliarden Euro die Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Und gerade das dürfte mit Blick auf das laufende sowie die folgenden Geschäftsjahre die kritische Größe werden. Zwar räumt das allesamt noch recht neue Vorstandstrio an der Verbandsspitze des BVR diese Gefahrenquelle durchaus ein, vermittelt aber insofern eine gewisse Gelassenheit als bei den Wertpapieren eine Wertaufholung erwartet wird. Im günstigen Falle, so die Hoffnung, könnte diese die zusätzlichen Belastungen aus gefährdeten Krediten in schwieriger Wirtschaftslage vieler Kreditnehmer wenigstens annähernd ausgleichen.

Gerade vor dem Hintergrund der zu befürchteten Risikoentwicklung im Kreditgeschäft zeigt sich der BVR-Vorstand bemerkenswert arbeitsfähig. Während man bei so mancher privaten Bank und auch bei einigen Landesbanken immer noch den Eindruck hat, als ständen die Mehrzahl der Entscheidungen unter dem Diktat des akuten Krisenmanagements, demonstriert die genossenschaftliche Bankengruppe an dieser Stelle vorausschauende Normalität. Der BVR hat schon in den vergangenen Monaten seinen Mitgliedern und Gremien ein überarbeitetes Statut der gruppeneigenen Sicherungseinrichtung dargelegt, das am 11. September auf der

Mitgliederversammlung in Köln verabschiedet werden soll. Mit dem Anspruch auf größere Beitragsgerechtigkeit sollen der Sache nach künftig neben dem Kundenkreditvolumen auch Adressausfallrisiken aus eigenen Wertpapierbeständen (Depot A) in die Bemessungsgrundlage für die Beiträge zur Sicherungseinrichtung einbezogen werden. Die besonders guten Institute der neuen BVR-internen Rating-Klasse „A++“ sollen demnach nur noch 80 Prozent des Jahresbeitrages zahlen müssen. Das Spektrum der Beiträge würde damit zwischen 80 und 140 Prozent des regulären Satzes liegen (bisher zwischen 90 und 140 Prozent).

Dass sich diese Begünstigung der guten Institute heute so offensiv ansprechen lässt, mag angesichts der hitzigen Auseinandersetzungen um die Beitragsdifferenzierung in der Vergangenheit verwundern. Die Verbandsspitze des BVR gibt sich freilich an dieser Stelle ausgesprochen gelassen und optimistisch, den Sachverhalt in einem aktiven Feed-Back-Prozess mit der Basis und allen Gremien gut vorbereitet zu haben. Zeigt die anstehende Mitgliederversammlung Anzeichen für einen Klimawandel?

Private Banken I

Klarheit fällt schwer

In puncto Regulierung und Bilanzierung ist es selbst für Insider derzeit enorm schwer, den Überblick über die Vielfalt der nationalen und internationalen Initiativen zu bewahren. Das gilt für Äußerungen auf Brüsseler-, Basler- oder nationaler Ebene. Es betrifft aber ebenso die Wortmeldungen der G8, der G20, des IWF, der BIZ, der Standardsetter oder deren diverser Arbeitskreise. Und dabei ist nicht nur das breite Themenspektrum schwer überblickbar, sondern auch die jeweilige Relevanz. Bewegen sich die immer wieder neuen Vorschläge schon nahe an verbindlichen Regelungen oder gehören sie nur zu einem breiten und ergebnisoffenen Diskussionsprozess für anstehende Entscheidungen? Selbst diese Einordnung fällt inzwischen zunehmend schwer. Und auch bei den vielen Stellungnahmen diverser Interessenvertretungen ist längst nicht immer klar durchschaubar, inwieweit es sich um Argumente in laufenden Konsultationsprozessen, Kommentaren zur aktuellen Beschlusslage oder präventive Positionierungen für kommende Themenbereiche handelt.

Dieses vielfältige Bild bietet derzeit auch der Berliner Bundesverband deutscher Banken. Sich auf zwei oder drei ausgewählte Aspekte zu konzentrieren und alle Kraft darauf zu verwenden, sich in diesen Punkten klar und überzeugend zu positionieren, ist derzeit offensichtlich auch für die Vertreter der privaten Banken illusorisch. Wie breit das aktuelle Themenspektrum des BdB wie auch der anderen finanzwirtschaftlichen Verbände in aktuellen Regulierungs- und/oder Bilanzierungsfragen ist, zeigt sich beispielsweise an der Bewertung möglicher Maßnahmen zur Überarbeitung der Eigenkapitalausstattung der Banken. Allein für fünf in der Diskussion befindlichen Vorschläge zur Verbesserung der Krisenresistenz (Kapitalpuffer) sowie neun weiterer Maßnahmen zur Dämpfung prozyklischer Wirkungen hat der BdB ein eigenes Tableau mit seiner dezidierten Bewertung der Einzelvorschläge erstellt.

Bemerkenswert ist indes auch seine Grundhaltung zu Basel II. Da beeilt sich der BdB zunächst das Regelwerk als alternativlos herauszustellen und den USA einmal mehr die verzögerte Anwendung vorzuwerfen, um dann doch eine kurzfristige und zeitlich begrenzte Aussetzung der Maßnahmen ins Spiel zu bringen. Klarheit fällt an dieser Stelle offenbar schwer. Dass Basel II als risikosensitives Regelwerk konzipiert ist, mag aller Ehren wert sein. Insofern ist das grundsätzliche Bekenntnis des Verbandes zu diesem Instrumentarium auch konsistent zu seinen Vorbehalten gegenüber einer Leverage Ratio, die eben nicht risikosensitiv wäre, sondern alle gleichbehandelt. Aber solange die praktische Handhabung von Basel II prozyklische Wirkungen entfaltet, die unkalulierbaren Schaden anrichten, darf man das Regelwerk – bei allem theoretischen Charme – auch grundsätzlich infrage stellen. Die Prozyklik muss sich in beherrschbarem Rahmen bewegen.

Das zweite Beispiel betrifft die Anpassung der sogenannten Neubewertungsrücklage bei der Ermittlung des haftenden Eigenkapitals der Banken. Hier stellt sich der BdB ausdrücklich hinter den Ende Juni 2009 von der BaFin vorgelegten und mittlerweile von der Regierung gebilligten Vorschlag zur Änderung der Konzernüberleitungsverordnung. Aus Verbandssicht stellt die Neuregelung einen sinnvollen und effektiven Weg dar, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital der Banken in Deutschland zu stärken. Zugehörige Argumentationslinie: Damit wird eine Angleichung an die gemäß einer CEBS-Studie gängige Praxis in einer Vielzahl europäischer Staaten erreicht.

Aber ist das nicht nur Bilanzkosmetik? Ist es angesichts der viel diskutierten Risikopositionen und der erkannten Defizite im Risikomanagement nicht eine Kapitulation vor den Rahmenbedingungen im Ausland? Wenn Grundpositionen aufgegeben werden, um ein Level Playing Field für die deutschen Akteure mit anderen Wettbewerbern herzustellen, ist das möglicherweise vertretbar. Der Grundsatz Gleichbehandlung vor Prinzipientreue sollte dann aber auch bei der Positionierung in solchen Einzelfragen noch offener als pragmatische Notlösung herausgestellt werden.

Private Banken II

München ohne Bank

Schön war der Name nie. Er roch von Anfang an nach Notbehelf und Kunstprodukt. Und trotzdem – wenn die Hypovereinsbank künftig Unicredit heißen soll, verschwindet neuerlich ein Stück vom Glanz der alten bayerisch-münchenerischen Bankenherrlichkeit. Die „Landeshauptstadt“ ist nie ein „Finanzzentrum“ gewesen, noch weniger als Hamburg oder Düsseldorf und schon gar nicht wie das von spürbarer Internationalität geprägte Frankfurt. Aber wie sich einst an der Isar die „evangelische“ Bayerische Vereinsbank und die „katholische“ Bayerische Hypotheken- und Wechselbank kraftvoll belauerten, wie die Bayerische Staatsbank als Geschäftsbank sui generis im Bankenviertel wahrlich residierte, wie die großen und kleinen Privatbankhäuser von Merck Finck über Neuvians, Reuschel & Co, Lenz oder Aufhäuser bis hin zu den emsigen Hypothekariern von Südboden und Handelsbank das „Bavarian Banking“ lebten, das war schon bemerkenswert über München hinaus. Denn natürlich

hatten auch die D-Banken, also die Deutsche, die Dresdner, die Commerzbank und die BfG ihre großen Filialdirektionen in der Stadt, gelegentlich sogar mit Vorstandsmitgliedern beehrt.

Bis sich die Öffentlich-Rechtlichen, die etwas spät unter anderem aus der Gemeindebank hervorgegangene Bayerische Landesbank, die Stadt- und die Kreissparkasse, die Förderbanken des Freistaats und dann auch die lange heftig verfeindeten Kreditgenossenschaften einschließlich ihrer Zentralbanken in das bayerische Bankenleben hineinschoben, hat gedauert. Münchens Kreditwirtschaft war privat dominiert. Warum vor allem die beiden großen bayerischen Privatbanken, die Hypo und die BV, trotz sehr guter Ausgangspositionen nicht angemessen und kontinuierlich wachsen mochten, sondern sich sprunghaft und bedeutungssüchtig in vermeintlich größere Welten stürzen mussten – vielleicht werden die Bankhistoriker dafür inzwischen mehr bayerisch-menschlichen Ehrgeiz denn sachliche Notwendigkeiten ausgemacht haben.

Auf besonders gutem Wege schien zunächst die Vereinsbank mit ihren geschickten Zukäufen überall in Deutschland und dann vor allem in Österreich und Osteuropa. Die „Bank der Regionen“, der „Superregional“ erfuhr mit ihr durchaus eine Glanzzeit. Die Bayernhypo war weniger glücklich. Ihre Industriepolitik beanspruchte ihre Ressourcen übermäßig. Ihr Kreditgeschäft wurde schnell zunehmend risikoreicher. Die endliche Fusion der beiden bayerischen Branchenführer ist mitnichten eine glückliche gewesen. Da hat der Druck der Staatsregierung („Wir brauchen eine Großbank“) und des Großaktionärs (natürlich in München die Allianz) eine unheilvolle, weil beschwichtigende Rolle gespielt. Die Hypo hätte geschlossen gehört wie heute die Dresdner. Möge sich die Commerzbank nicht so verschlucken, wie die Vereinsbank es durch ihren „Merger of Equals“ getan hat.

Vielleicht aber hat die Hypovereinsbank mit ihrer speziellen Krise nur das Pech gehabt, nicht Teil einer ganz großen, allgemeinen Finanzkrise gewesen zu sein. Denn in derselben heute hätte man sie wahrscheinlich einfach zum „systemischen Risiko“ erklärt und von Staats wegen erhalten. Immerhin ist genau dieses ja nun ihrem einstigen Ableger Hypo Real Estate gelungen. Dass die regierenden Italiener das Wort „Hypo“ in einem Banknamen jetzt überhaupt nicht mehr als schön empfinden, ist sehr verständlich. Ob die Kunden sich noch darum kümmern? Sie müssen es nicht. Mindestens nicht, solange es noch die Sparkasse gibt.

Finanzplatz

Sensible Aufsichtsfragen

Eigentlich stand bei der von Frankfurt Main Finance initiierten Gesprächsrunde Mitte Juli dieses Jahres das Thema der Neuordnung von Aufsicht und Regulierung auf der Tagesordnung. Fast vorprogrammiert in solch einem Umfeld von Vertretern von Banken, Verbänden und Politik ist ein politisch-finanzwirtschaftliches Schulterklopfen. Also: Zum einen profitiert der Finanzplatz Deutschland im Allgemeinen und Frankfurt im Speziellen davon, dass die Mainmetropole sich seinerzeit als Standort der EZB durchgesetzt hat. Mit dem nun zur europäischen Versicherungs-

aufsichtsbehörde aufgewerteten Ausschuss für Versicherungen (CEIOPS) und der geplanten Ansiedlung des europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB) könnte sich Frankfurt als wichtiges Kompetenzzentrum für Aufsichtsfragen etablieren – auch wenn die zweite bundesdeutsche Bankenaufsichtshälfte selbst noch von Bonn aus ihrer Arbeit nachgeht.

Zum anderen und ebenfalls positiv, so die Argumentation, hat der Finanzplatz Deutschland der Krise gut Stand gehalten: Trotz IKB, Sachsen-LB und Hypo Real Estate ist es hinsichtlich Bankenpleiten hierzulande noch vergleichsweise ruhig geblieben, andernorts jedenfalls sind prominentere Spieler deutlich spektakulärer zugrunde gegangen. Inwieweit all dies aber ein Verdienst von Aufsicht oder Regulierung ist oder sich doch aus anderen Faktoren ableitet – etwa der deutschen Bankenstruktur mit den beiden prägenden dezentralen Verbänden und ihrer jeweiligen regionalen Verankerung oder schlichtweg einer insgesamt zurückhaltenden Mentalität in puncto Risiko –, muss zumindest infrage gestellt werden. Schließlich haben die Behörden in Spanien etwa mit dem De-facto-Verbot von Special-Purpose-Vehicles und der Platzierung von Personal direkt in den Kreditinstituten schon seit längerem deutlich enger am Markt agiert.

Dass die im Rahmen des Ausgangsthemas freilich interessanteste und drängendste Frage nach der Notwendigkeit einer europäischen Aufsichtsbehörde einmal mehr in weiten Teilen umschiffert wurde, zeigt derweil, wie sensibel Politik und Bankenindustrie dem Thema gegenüberstehen. Offensichtlich sind der drohende Einflussverlust und die aus einer Harmonisierung zu erwartende Eingrenzung nationaler Eigenarten zu heiße Eisen, als dass man sich in Frankfurt oder Berlin derzeit die Finger daran verbrennen möchte. Dass der hessische Ministerpräsident es sich nicht hat nehmen lassen, auch in Richtung Basel und London die Forderung nach mehr Transparenz zu stellen, genauso wie insgesamt die nach einer angesichts der wiederkommenden Milliarden Gewinne nicht zu verschleppenden gründlichen Aufarbeitung der Finanzkrise und ihren Konsequenzen, zeigt wenigstens ein Bewusstsein für notwendige Veränderungen.

Konkrete Vorschläge und Impulse zu neuen Regulierungsstrukturen aber sind es, die von den Branchenvertretern gefragt sind. Was sind die Argumente für nationale Aufsichten? Welche Vorteile hätte eine supranationale EU-Behörde? Wie ließe sich beides unter ein Dach bringen? Über diese Fragen muss die Diskussion geführt werden. Allein zu erkennen, dass nun der richtige und dringende Zeitpunkt ist, sich mit aktuellen Fragen wie dem Sinn und Unsinn der Fair-Value-Bilanzierung zu beschäftigen, reicht nicht aus. Auch ist es nicht genug, das Mantra zu wiederholen, dass nicht mehr, sondern bessere Aufsicht gebraucht wird. Auch mit nationalen Themen müsste man sich beschäftigen: Sollte nicht die Teilung der deutschen Bankenaufsicht zwischen der ministeriumsabhängigen BaFin und der unabhängigen Bundesbank aufgehoben und – dann ohne Zugriff aus Berlin – allein bei Letzterer ansiedelt werden?

Die Zeit des Schulterklopfens ist vorbei, soviel hat die Krise doch gelehrt. Aber vielleicht verbirgt sich in der demonstrierten Zurückhaltung ja die Botschaft, dass die Schaffung einer EU-Mega-Aufsicht angesichts der augenscheinlich nach wie vor national geprägten Perspektiven genau wie eine Neuordnung der hiesigen Strukturen weder gewollt noch derzeit überhaupt möglich ist.

Finanzkrise

Wirtschaftsförderung – aber womit?

Die jüngsten Konjunkturprognosen sagen es einhellig: Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung ist derzeit eine „Bodenbildung“ festzustellen. Zwar werde das Bruttoinlandsprodukt für das Finanzjahr mit minus 4,1 Prozent etwas deutlicher zurückgehen als bislang angenommen, wie es etwa die Allianz vorhersagt. Trotzdem könne sich die Wirtschaftsleistung anhand des aus Sicht des Versicherers wahrscheinlichsten Szenarios im Jahr 2010 wieder auf plus 2,7 Prozent drehen. Der Bund der Deutschen Industrie (BDI) kommt in seinem jüngsten Gutachten zu einem ähnlichen Fazit – warnt aber gleichzeitig davor, dass die Gesundung der Wirtschaft ein langwieriger Prozess sein wird und die Auftragsbücher insbesondere der mittelständischen Betriebe weiterhin leer sind. Und der vom Center for Financial Studies in Frankfurt mit Blick auf die Banken ermittelte Finanzplatzindex zeigt zum ersten Mal seit seiner Auflage im Jahr 2006 eine – wenn auch verhaltene – positive Entwicklung auf. Dass schließlich die Deutsche Bank parallel zu ihren größeren internationalen Wettbewerbern wieder ein Milliardenergebnis vermelden kann, lässt sich zwar auf den ersten Blick auch wie eine Rückkehr in die Gewinnzone interpretieren. Zum einen allerdings stammen die erstarkten Ergebnisse aus dem volatilen Investmentbanking – man scheint also aus den Vorgängen der vergangenen Monate keine tief greifenden Lehren gezogen zu haben. Zum anderen relativieren die vom Frankfurter Geldhaus wie auch seinen Wettbewerbern erwarteten Kreditausfälle den aufkommenden Optimismus, genau wie die festzustellende restriktivere Kreditvergabe insbesondere der Groß- und Landesbanken, die sich ihre Rolle in der Versorgung von Wirtschaft und Privatpersonen mit Krediten unter Risikoaspekten heute nicht immer leisten wollen und können.

Bieten diese Entwicklungen dennoch insgesamt Grund genug zum Aufatmen? Das wäre sicherlich noch zu früh, denn mit dem (gegenwärtig freilich nur angenommenen) Wendepunkt hat die Finanzkrise auch eine sehr kritische Phase erreicht. Politik und Industrie müssen nun gleichermaßen abwägen, wie solide jener sich bildende Boden tatsächlich ist. Auf der einen Seite werden Forderungen nach Steuerentlastungen sowie Ausgaben für Innovationen, Forschung oder Entwicklung so leicht wie gut begründet gestellt: Wird aus der bislang zyklischen Krise eine strukturelle, wie es unter anderem eines der Szenarien des Münchener Versicherers annimmt, dann werden nachhaltig Arbeitsplätze vernichtet. Als Folge daraus verringert sich in der Erholungsphase das Wachstumspotenzial erheblich. Auf der anderen Seite müssen natürlich etwaige Mehrausgaben finanzierbar bleiben. Bei klammen Kassen landauf und landab steht dem Gesetz- und Geldgeber demnach eine wahre Gratwanderung bevor, denn ein höherer Steueraufwand ist den Bürgern angesichts der ohnehin zu erwartenden steigenden Belastungen in den Sozialversicherungssystemen eigentlich nicht zuzumuten. In jedem Fall muss ein dauerhaftes „Kippen“ der Wirtschaft unbedingt verhindert werden. Es bleibt dem Staat also keine andere Wahl, als die notwendigen Kosten möglichst gerecht zu verteilen. Das vielleicht dramatischste in dieser Zwickmühle aber ist: Eine ausgiebige Bedenkzeit und mit ihr einhergehend ein längeres Nichtstun könnte die vielleicht gravierendsten Folgen mit sich bringen.